

Programm

« Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmengruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten.»¹ Percy Barnevik

Zusammenfassung

Programm	3
1 ^{ste} Teil: Fallstudien	5
2 ^{te} Teil : Eine internationale Herausforderung	7
3 ^{te} Teil : Runder Tisch: Der Beitrag der Schweiz	8
Factsheet	10
Die Organisatoren	19
Liste der Teilnehmer	
Bewertung des symposium	

2 ¹Percy Barnevik, ehemaliger CEO von ABB, Zitat aus dem Tagesanzeiger vom 15.1.2001

Programm

1^{ste} Teil		
09h45	Türöffnung, Empfang	
10h15	Eröffnung des Symposiums	Martyna Olivet, Zentralsekretärin von COTMEC
10h30	Präsentation des Investitionsprojekts von Addax Bioenergy in Sierra Leone	Nikolaï Germann, director des Unternehmens , Addax Bioenergy
10h40	Fallstudie (I) Experiences on the ground from Sierra Leone	Mohamed Conteh, réseau africain pour le droit à l'alimentation (RAPAD)
11h00	Fallstudie (II) Perspektive der Wirtschaft	Aminata Kamara, Social Manager et Andrew Turay, Project Manager, Addax Bioenergy
11h20	Fallstudie (III) Die Entwicklung der Gesetzgebung in Sierra Leone in Bezug auf Menschenrechte	Sonkita Conteh – Rechtsanwalt und Menschenrechtsspezialist, Sierra Leone
11h40	Runder Tisch (I) – Die Herausforderung in Sierra Leone Diskussion zwischen den Redner/innen, Publikumsfragen	Zusätzlicher Teilnehmer Sahr Kemoore Salia, Generalsekretär des Kirchenrats von Sierra Leone CCSL
12h30	Pause - Stehlunch	
2^{te} Teil		
13h30	Eine internationale Herausforderung (I) Von der moralischen zur rechtlichen Verpflichtung	Prof. Christoph Stückelberger – Universität Basel
13h50	Eine internationale Herausforderung (II) Zwischen rechtlichem Rahmen und freiwilliger Verpflichtung: Überblick über die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel	Prof. Sheldon Leader – Universität Essex (GB)
14h10	Eine internationale Herausforderung (III) Neue Rechtsmittel gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen	François Membrez – Track Impunity Always (TRIAL)
14h30	Runder Tisch (II) – Verbesserte Formen von Rechtsmitteln Fragen des Publikums an die drei Redner	
15h00	Pause café	

3 ^{te} Teil		
15h30	Runder Tisch (III) – Der Beitrag der Schweiz Wie die Schweiz garantieren kann, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte auch im Ausland beachten.	Jean-Jaques Elmiger, Direktion für Arbeit, Seco Chantal Peyer, Politik und Entwicklung, <i>Brot für alle</i> Denise Laufer, Ökonomin, Swissholdings Franziska Teuscher*, Nationalrätin. Grüne Fraktion Carlos Lopez, Internationale Juristenkommission Gesprächsleitung: Mohamed Hamdaoui, Journalist
17h15	Abschluss	Antonio Hautle, Direktor <i>Fastenopfer</i> Beat Dietschy, Zentralsekretär <i>Brot für alle</i>
17h30	Ende	

10.15 – 12.30

1^{ste} Teil: Fallstudien

Präsentation des Investitionsprojekts von Addax Bioenergy in Sierra Leone

Nikolai Germann, *Addax Bioenergy*, Schweiz



Nikolai Germann was born in 1970 and studies law at the University of Geneva. He also obtains in 2006 a Master of Business Administration at the International Institute for Management Development in Lausanne. On professional side, he becomes director of Oryx Benin between 1995 and 1997, before being named director for the West African area of Addax. He also works in the marketing and business development sector, and he is currently the founding president of the division renewable energies of Addax.

Experiences on the ground from Sierra Leone

Mohamed Conteh, *réseau africain pour le droit à l'alimentation*, Sierra Leone



Mohamed Conteh wurde im Dorf Makorgba geboren, im Norden von Sierra Leone. Er sagt von sich, dass er Armut nicht nur gesehen hat, sondern mittendrin aufgewachsen ist und ihren bitteren Geschmack kennt. Seit der Kindheit ist sein Ziel deshalb, Menschen zu unterstützen, welche sich von der Armut befreien. Zu diesem Zwecke gründet er das *Mankind's Activities for Development Accreditation Movement* MADAM. Ende 1995 mussten die Mitarbeitenden von MADAM sowie Conteh und seine Familie vor den Rebellen fliehen. Als sie 1997 zurückkamen, war das Dorf völlig zerstört worden. 1999 mussten sie erneut

fliehen. Um nicht tatenlos auf das Kriegsende zu warten, gründeten Conteh und seine Mitarbeitenden ein Ausbildungszentrum. Die lokalen Behörden stellten ihnen dafür Land zur Verfügung. MADAM wird – unter der Leitung von Mohamed Conteh – seit 2001 von *Brot für die Welt* unterstützt.

Perspektive der Wirtschaft

Aminata Kamara und Andrew Turay, *Addax Bioenergy*, Sierra Leone

Die Entwicklung der Gesetzgebung in Sierra Leone in Bezug auf Menschenrechte

Sonkita Conteh, *Rechtsanwalt und Menschenrechtsspezialist*, Sierra Leone



Sonkita Conteh ist Anwalt für Menschenrechte in Sierra Leone. Er schloss seine Studien im Bereich „Menschenrechte und Demokratie in Afrika“ an der Universität von Pretoria/Südafrika mit einem Master ab. Während zwei Jahren arbeitete er für das Programm *Housing Rights and Evictions' Right to Water* in Ghana, wo er zu Wasser- und Hygienefragen im Zusammenhang mit Menschenrechten forschte und arbeitete. Im Moment ist er Koordinator des Projekts „Open Society Justice“ in Sierra Leone, wo es darum geht, mit niederschwelligen juristischen Beratungsangeboten die arme Bevölkerung zu

stärken, damit sie ihre Rechte einfordern kann.

Die Herausforderung in Sierra Leone

Sahr Kemoore Salia, *Generalsekretär des Kirchenrats von Sierra Leone*, Sierra Leone



Sahr Kemoore Salia wurde 1957 in Tombodu geboren, einem kleinen Dorf im Distrikt Kono/Sierra Leone. Er besuchte das Bo Teachers College, das Fourah Bay College der Universität Sierra Leone und die Universität von Birmingham/GB, die er 1996 mit einem Master of Education abschloss. 1998 begann er als Direktor für ökumenische Zusammenarbeit mit dem CCSL zu arbeiten. Sieben Jahre später wurde er zum Generalsekretär ernannt. Aufgrund seiner Herkunft aus dem Distrikt Kono, wo seit 1930 Diamanten ausgebeutet wurden, ohne dass die Bevölkerung der Region je davon

profitierte und seiner Erfahrung in der ökumenischen Bewegung, welche sich für ausgebeutete und verarmte Menschen engagiert, beschäftigt er sich heute mit *Prophetic Advocacy*, welche sich für eine positive Veränderung der Lebensbedingungen in den ausgebeuteten Gemeinden einsetzt.

13.30 – 15.00

2^{te} Teil : Eine internationale Herausforderung

Von der moralischen zur rechtlichen Verpflichtung

Prof. Christoph Stückelberger, *Universität Basel, Schweiz*



Professor Christoph Stückelberger was born in 1951. He studies theology and obtains a PhD in ethics of reconciliation in 1988. He completes his training in 1995 with a grade in ethics of the environment and development. He is director of Bread for all, member of the Advisory Board of the Swiss Government for international relations, as well as the Federal Commission of ethics for genetic engineering in the human field. He is the founding President and now Vice President of Transparency International Switzerland.

He also teaches ethics at the Faculty of theology at the University of Basel (Switzerland) as well as in developing countries. He is also founder and President of Globethics.net, a global network of individuals and institutions working in the field of ethics.

Zwischen rechtlichem Rahmen und freiwilliger Verpflichtung: Überblick über die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel

Prof. Sheldon Leader, *Universität Essex, GB*



Sheldon Leader machte seine Abschlüsse an den Universitäten von Yale und Oxford und ist Rechtsprofessor sowie Direktor des *Essex Business and Human Rights Project*. Er forscht und lehrt zu Wirtschaftsbeziehungen und Menschenrechten und lieferte Analysen zu den Einflüssen von Investment-Abkommen auf die Zivilgesellschaft und innerstaatliche Organisationen. Zu seinen Publikationen gehören *Human Rights on the Line*, Amnesty International UK 2003 *Global Project Finance, Human Rights, and Sustainable Development*, Cambridge University Press. und 'Human Rights, Risks, and New Strategies for Global Investment', *Journal of International Economic Law* 657-705 (2006).

Zudem war er Mitverfasser des ersten verbindlichen Menschenrechts-Artikels, der in einen internationalen Investmentvertrag integriert wurde: *Human Rights Undertaking* für die *BTC-Pipeline*, welche Rohöl von Ölfeldern aus Aserbaidschan und Kasachstan am Kaspischen Meer ans Mittelmeer transportiert.

Neue Rechtsmittel gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen

François Membrez, *Track Impunity Always, Schweiz*



François Membrez (1964) machte sein Lizenziat an der Universität Genf. Nach dem Abschluss seiner Studien in an der Universität Bristol/GB, wurde er 1991 in Genf als Anwalt patentiert. Er arbeitet vor allem in den Bereichen Gesellschafts- und Firmenrecht, in Zivil- und Verwaltungsrecht sowie im Betreibungs- und Konkursrecht. Er ist Präsident der Caritas Genf, Vize-Präsident von TRIAL und Mitglied der COMTEC.

15.30 -17.15

3^{te} Teil: Runder Tisch – Der Beitrag der Schweiz

Wie die Schweiz garantieren kann, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte auch im Ausland beachten

Jean-Jaques Elmiger, Seco, Schweiz

Botschafter Jean-Jacques Elmiger wurde 1952 in Genf geboren und schloss sein Jurastudium an der Universität in Genf ab. Bevor er seine heutige Position als Direktor für Internationale Arbeitsfragen im Staatssekretariat für Wirtschaft seco antrat, arbeitete er als juristischer Berater einer Versicherung. Elmiger leitete zahlreiche europäische und internationale Verhandlungen und arbeitet eng mit Internationalen Organisationen zusammen, unter anderem mit der UNO und ihren Unterorganisationen. Seit 1986 ist er Delegierter der Schweiz beim Internationalen Arbeitsamt ILO. Er leitete mehrere Kommissionen, unter anderem für die Umsetzung internationaler Standards und momentan die Kommission, welche die Stärkung der ILO zum Ziel gesetzt hat. 2002 wurde er in den *Governing Body* der ILO gewählt.

Chantal Peyer, *Brot für all*, Schweiz



Chantal Peyer is historian and political scientist. She holds a Master degree at the University of Lausanne, based on one year of research field in India. She then specializes in "International Human Rights Law" at the summer University of Oxford. She is responsible for policy development to Bread for all since 2002 and in charge of the folder "Business and human right" and "High Tech - no. Rights?", a campaign specifically for dignity in the production of computers. Chantal Peyer is also a member of the coalition of Swiss NGOs who have commissioned a study on Swiss companies and environmental human rights policy.

Denise Laufer, *Swissholdings*, Schweiz



Denise Laufer studierte Wirtschaftswissenschaften in Fribourg und in Zürich und absolvierte einen Nachdiplomkurs „*Managing Global Governance*“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn/Deutschland. Nach dem Studium war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Forschungs-Abteilungen der UBS, beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in der Sektion aufstrebende Länder in Bonn, und beim Beratungsunternehmen Prognos, Berlin. Seit 2008 ist sie verantwortlich für die Bereiche „Financial Accounting“ und „Direktinvestitionen und Multinationale Unternehmen“ von SwissHoldings, dem Verband der Industrie und

Dienstleistungskonzerne in der Schweiz mit Sitz in Bern. Sie betreut die Fachgruppen „IFRS-Rechnungslegung“ und „Technische Aspekte der Konzernkonsolidierung“.

Franziska Teuscher, *Grüne* Fraktion, Schweiz



Franziska Teuscher (1958) studierte Biologie an der Universität Bern und Umweltwissenschaften an der Universität Zürich. Danach arbeitete sie als Expertin im Bereich Auenschutz als Verwaltungsratspräsidentin, für das private Planungs und Beratungsbüro "naturaqua". Von 2000 bis 2002 war sie Gleichstellungsbeauftragte der Gewerkschaft Bau und Industrie. Seit 1995 ist sie für das Grüne Bündnis im Nationalrat. Seit April 2008 amtiert sie zudem als Vizepräsidentin der Grünen Partei Schweiz.

Carlos Lopez, *Internationale Juristenkommission*, Peru

Carlos Lopez machte erst einen Abschluss in Rechtswissenschaften an der Katholischen Universität in Peru, seinem Herkunftsland. Weiter verfügt er über einen Doktor in Internationalem Recht, den er am Institut de Hautes Etudes Internationales in Genf erwarb, sowie über ein Diplom in Soziologie. Er arbeitete für verschiedene internationale Organisationen und peruanischen Nichtregierungs-Organisationen. Im Hochkommissariat für Menschenrechte, übernahm er während sechs Jahren verschiedene Aufgaben. Seit 2008 ist er Senior Legal Advisor bei der Internationalen Kommission von Juristen ICJ, wo er das Programm zu internationalen wirtschaftlichen Beziehungen leitet.

Factsheet

1. „Freiwillige Initiativen“ / Corporate Social Responsibility

Corporate Social Responsibility

Die Europäische Kommission charakterisiert in ihrem Grünbuch den Begriff wie folgt: „Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf **freiwilliger** Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.“ Die Definition der Europäischen Kommission nennt zwei zentrale Punkte für CSR. Dies sind „soziale Belange“ und „Umweltbelange“. CSR bezeichnet also ein integriertes Unternehmenskonzept, das alle *„sozialen, ökologischen und ökonomischen Beiträge eines Unternehmens zur freiwilligen Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, die über die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen (Compliance) hinausgehen.“*, beinhaltet.

Die wichtigsten CSR-Initiativen

Global Compact

Der **United Nations Global Compact** ist ein weltweiter Pakt (deutsch: *Globaler Pakt der Vereinten Nationen*), der zwischen [Unternehmen](#) und der [UNO](#) geschlossen wird, um die [Globalisierung](#) sozialer und ökologischer zu gestalten². Die Teilnahme am Global Compact ist denkbar einfach. In einem kurzen Brief an den UN-Generalsekretär erklärt ein Unternehmen seinen Willen, sich darum zu bemühen in Zukunft bestimmte soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten. Die unterzeichnenden Unternehmen sollen einen jährlichen Bericht über ihr Engagement verfassen.

Kritik: Die Prinzipien des Global Compact sind Minimalstandards, die auf Dokumenten beruhen, die von einem Großteil der Völkergemeinschaft akzeptiert werden und daher ohnehin in die nationale Rechtsprechung eingeflossen sind. Sie werden daher als zu schwach und unwirksam kritisiert. Darüber hinaus ist die Einhaltung der Kriterien freiwillig. Es gibt keine Sanktionen, falls ein Unternehmen die selbst gesteckten Ziele nicht erfüllt.

Die niedrige Aufnahmebarriere führt dazu, dass sich auch Unternehmen, die gegen die Prinzipien verstoßen, auf der Liste der Teilnehmer befinden. Es ist somit von außen nicht ersichtlich, ob das Unternehmen die Richtlinien tatsächlich einhält oder sich zumindest in einem Prozess der Besserung befindet, oder die Mitgliedschaft in der Organisation als Werbemaßnahme ansieht.

International Council on Mining and Minerals (ICMM)³ (2006)

Mitglieder: Unternehmen (nat. und int. Minengesellschaften).

Inhalt: Richtlinien für eine nachhaltige Entwicklung (*sustainable development framework*). **Global Reporting Initiative** GRI (Kriterien für Metallindustrie und Minengesellschaften; beinhaltet auch das **Mining Supplement** gemäss dem die Mitglieder alle Steuern angeben, die sie dem Gaststaat abgeben).

Ziel: Produktion gemäss Richtlinien, unter Achtung der Arbeitsbedingungen, Artenvielfalt und Umweltschutz. Die Minen- und Metallindustrie soll einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, was insbesondere durch die Aufrechterhaltung von Menschenrechten erfolgen soll. Die Mitglieder berichten zudem gemäss der Global Reporting Initiative umfassend über die Nachhaltigkeitsstandards.

Kritik: Freiwilligkeit, Fokus auf Wirtschaftlichkeit der Unternehmen. ICMM geht jedoch weiter als EITI⁴.

² Cf. www.unglobalcompact.org

³ International Council on Mining and Metals ICMM. URL: <http://www.icmm.com/>. 19.10.2009.

International Council on Mining and Metals ICMM: Human Rights in the Mining and Metals Industry. Overview, Management Approach and Issues. 2009. S. 1

⁴ Berendt, Siegfried: Seltene Metalle, 2007, S.42

Equator-Prinzipien und IFC (International Finance Corporation⁵) Performance Standards

Mitglieder: Die Equator-Prinzipien (EP) wurden 2003 durch in der Projektfinanzierung tätige Banken ins Leben gerufen. Bei diesen Projekten handelt es sich um grosse Infrastrukturprojekte, deren Gewinne zur Zahlung des Schuldendienstes dienen.

Ziel: Die 10 EP's dienen der Bezeichnung, der Analyse und dem Umgang mit sozialen und umweltrelevanten Risiken dieser Projekte. Die EP's sind zu einem globalen Referenzrahmen zur Risikoanalyse geworden, da sie von allen internationalen Grossbanken unterzeichnet wurden. Die EP's stützen sich auf 8 performance Standards des IFC, die die folgenden Themen berühren: Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung, Sicherheit, Landbeschaffung und Landrechte, Zwangsumsiedlungen, Biodiversität und Ureinwohner.

Kritik: NGO's⁶ haben die Performance Standards kritisiert, weil sie keine Gewähr dafür bieten, dass Unternehmen die Menschenrechte respektieren müssen. Die Standards berücksichtigen gewisse Menschenrechte, wie das Recht auf Nahrung, das Recht auf Privatbesitz, das Recht auf Gesundheit oder das Recht auf Wohnraum nicht. Zudem gewährleisten sie keine ausreichenden Prozeduren um auf der Ebene der Menschenrechte eine sogenannte „due diligence“ durchzuführen. Die Standards verlangen zwar detaillierte Studien bezüglich Umwelt- und Sozialimpakt, aber sie unterlassen es, die potentiellen Auswirkungen auf die Menschenrechte nachweisen zu müssen.

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)⁷ (2002)

Mitglieder: Staaten, Unternehmen, internationale Organisationen, NGOs.

Freiwillige Richtlinien und Kriterien zu Transparenz, Nachhaltigkeit, Rechenschaft/Verantwortung, Einbezug der Stakeholders.

Ziel: Transparenz und Rechenschaftspflicht (Good Governance, Verlässliches und Überprüfbares Handeln) in der Rohstoffindustrie.

Kritik: Freiwilligkeit, keine verbindlichen Regelungen für die Teilnehmenden. Industriestaaten-gesteuert (Fokus liegt einseitig bei der Transparenz der Länder des Südens. Die Käufer müssen ihre Zahlungen nur zweitrangig offenlegen). (Technische) Sicherstellung des Geschäftes, aber keine (moralische, soziale) Überprüfung der Frage, ob ein Abbau entwicklungsfördernd ist. Die Initiative wird als Machtinstrument für die Weltbankkreditvergabe benutzt, da Kooperation bei EITI für die Länder des Südens eine Bedingung (Konditionalität) ist. Sie beinhaltet kaum Kontrolle über die Unternehmenspraktiken.⁸

⁵ Gesellschaft der Weltbank mit Sitz in Washington

⁶ “The International Finance Corporation’s Performance Standards and the Equator Principles: Respecting Human Rights and Remedying Violations?”, Center for International Environmental Law, Bank Information Center, BankTrack, Oxfam Australia, World Resources Institute, August 2008.

⁷ Initiative pour la transparence dans les industries extractives. Site Internet : <http://eitransparency.org/fr>. 12.10.2009.

⁸ Extractive Industries Transparency Initiative EITI. URL: <http://www.eitranparency.org/about>. 12.10.2009.

⁸ Weed: Unsichtbare Kosten, 2007, S.19. Zehle, Soenke, Lotte Arndt, Sarah Bormann: Unsichtbare Kosten... 2007, S.19. Publish What You Pay; Revenue Watch Institute: Eye On EITI. Civil Society Perspectives and Recommendations on the Extractive Industries Transparency Initiative, 2006, S.3. Berendt, Siegfried: Seltene Metalle, 2007, S.42

Voluntary Principles on Security and Human Rights⁹ (Multistakeholder initiative 2000)

Mitglieder: Staaten, Unternehmen aus der Rohstoffindustrie, NGOs.

Freiwillige Richtlinien in den Bereichen Respektierung und Förderung von Menschenrechten, Schutzmassnahmen für das Personal, Respektierung des nationalen und internationalen Rechts, Anerkennung der Wichtigkeit der Interaktion mit der Bevölkerung, dem Niederlassungs- und Gaststaat, Wertschätzung von Informationen und der Entwicklung durch die Industrialisierung (Reformen, Stärkung von Rechtsstaatlichkeit etc.).

Ziel: Richtlinien für Unternehmen in der Abbauindustrie zum Aufrechterhalten von Schutz- und Sicherheitsmassnahmen, die den Respekt der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten garantieren.

Kritik: Inhaltlose Schlagworte. Keine Angaben über einzuhaltende Kriterien. Spezifischer Kontext.

Initiativen der Zivilgesellschaft

Publish What You Pay¹⁰ (Kampagne der Zivilgesellschaft, 2002)

Mitglieder: über 200 NGOs.

Ziel: Öffentliche Kontrolle der Staatshaushalte, als erster Schritt zur Demokratisierung und Umverteilung des Reichtums. Unternehmen der Rohstoffindustrie sollen sich verpflichten, ihre Zahlungen an die Regierungen transparent machen.

Country by Country Reporting¹¹ (Initiative des Tax Justice Network)

Steuerflucht und Steuervermeidung sind Phänomene, die weltweit immer mehr um sich greifen. Die Absicht dabei ist, der heimischen Steuer auf den Konzerngewinn ganz oder in Teilen zu entgehen.

Mehr Transparenz in den Jahresabschlüssen würde der Steuervermeidung – und zwar ohne hohen Kostenaufwand – bis zu einem gewissen Grad Einhalt gebieten. Damit wären auch weitere positive Wirkungen verbunden wie die **Verbesserung der demokratischen Rechenschaftspflicht**, die **Eindämmung der Kriminalität** und die Beseitigung hoher, destabilisierender Risiken aus den globalen **Finanzmärkten**.

Verschiedene Initiativen bemühen sich derzeit um neue Regeln für die internationale Unternehmensbesteuerung. Es gibt darunter auch Ansätze, für die nicht erst mühsam multilaterale Abkommen geschmiedet werden müssten. Eine der vielversprechendsten Optionen ist das so genannte **Country-by-Country Reporting**, die Rechnungslegung nach Ländern. Die nach Ländern untergliederte Rechnungslegung könnte sofort vom **International Accounting Standards Board** (IASB) eingeführt werden.

Dadurch würde ausgewiesen wo ein Unternehmen im Handelsregister eingetragen und wo es tätig ist. Es würde nachvollziehbar; welche Steuern wo bezahlt werden; ob diese im Verhältnis zu den jeweiligen lokal geltenden Steuersätzen angemessen sind; und ob der Konzern seine Gewinne offensichtlich in Steueroasen verlagert.

⁹ Voluntary Principles. URL: <http://www.voluntaryprinciples.org> 12.10.2009.

¹⁰ Weed: Unsichtbare Kosten. 2007. S. 19. sowie: <http://www.publishwhatyoupay.org/>

¹¹ Cf.: http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Bilanzierungsregeln_Country-by-Country_deutsch_08.pdf

Zertifizierung von Rohstoffen

Kimberley Process Certification Scheme (Kimberley)¹² (Initiative aus Regierungen, Diamantenindustrie und NGO, 2002)

Mitglieder: Staaten, Akteure aus Industrie und Zivilgesellschaft

Ziel: Verhinderung von Konfliktdiamanten

Kritik: Spezifischer Kontext. Kaum Überwachungsmechanismen (*peer review*). Teilweise wurde der Handel verboten, aber ohne „exit-Strategien“ oder alternativen Einkommensmöglichkeiten. Der Fokus liegt beim Handel. Kaum Beachtung der Arbeitsbedingungen oder Achtung der Menschenrechte bei der Produktion.¹³

Oro Verde (Choco, Kolumbien)¹⁴

Abbau von Gold nach strengen sozial-ökologischen Kriterien.

Community Mining Initiative¹⁵ (Dachverband: Association for Responsible Mining)

Kriterien zum fairen Handel mit Gold und Edelmetallen aus nicht-industriellem Abbau.

¹² Kimberley Process: Background. URL: http://www.kimberleyprocess.com/background/index_en.html. 16.10.2009

¹³ Weed: Unsichtbare Kosten, 2007, S.18

¹⁴ Ibid.

¹⁵ Ibid.

2. Unternehmensverantwortung und Menschenrechte

Im Juni 2008 wurde im UNO-Menschenrechtsrat der Schlussbericht des *Special Representative of the Secretary-General for Business and Human Rights*, John Ruggie, verabschiedet¹⁶. Während seines dreijährigen Mandats war Ruggie und sein Team der Frage nach den menschenrechtlichen Verantwortlichkeiten im Bereich wirtschaftlicher Tätigkeiten nachgegangen. Das zentrale Element des Berichts ist ein Handlungsrahmen, in dem die staatliche Schutzpflicht, die unternehmerische Verantwortung und die Möglichkeiten von Entschädigungsmechanismen bei Menschenrechtsverletzungen in kohärenter Form dargestellt und definiert werden. Zwar betont Ruggie, dass die internationalen Menschenrechtsverträge nur dem Staat eine Schutzpflicht auferlegen. Er weist aber der Wirtschaft explizit eine Verantwortung bei der Respektierung aller Menschenrechte zu. Damit ist international eine Verbindlichkeit für die Wirtschaft festgelegt, auf die in der späteren Ausgestaltung weiter Bezug genommen werden muss. Zudem sind die Staaten dadurch verpflichtet, im Rahmen ihrer Schutzpflicht dafür zu sorgen, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen. Ruggie bleibt allerdings sehr vage darin, wie die Pflicht der Staaten und die Verantwortung der Unternehmen konkret wahrgenommen bzw. durchgesetzt werden sollen.

Die Verantwortung der Unternehmen

Ruggie stützt seine Argumentation hinsichtlich der unternehmerischen Verantwortung, die Menschenrechte zu respektieren (*responsibility to respect*), auf die gesellschaftlichen Erwartungen ab. Die Gesellschaft erwarte, dass bei der Produktion von Gütern, die letzten Endes sie selber konsumiert, Menschenrechte nicht verletzt werden. Ruggie leitet daraus für die Unternehmen die Verantwortung ab, in ihrem Handeln die nötige Sorgfalt (*due diligence*) bezüglich der Respektierung der Menschenrechte walten zu lassen. Der Bericht zählt verschiedene Instrumente auf, mittels derer diese nötige Sorgfalt angestrebt werden kann. Die vorgeschlagene Terminologie bezüglich unternehmerischer Verantwortung bleibt aber ungewiss und kann je nach Standpunkt mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt werden. So geht aus dem Bericht nicht klar genug hervor, welche Verbindlichkeit aus dem Begriff der Verantwortung abgeleitet werden muss. Es ist nicht eindeutig, wie der Begriff, die Menschenrechte zu „respektieren“, sich von der Pflichtentrias der Staaten „zu respektieren, zu schützen und zu fördern“ abhebt. Und entsprechend ist auch nicht klar, mit welcher Verbindlichkeit denn die von Ruggie für die *due diligence* vorgeschlagenen Instrumente angewandt werden müssen.

14¹⁶ Report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, John Ruggie, 2008, A/HRC/8/5

Freiwillige oder zwingende Verantwortung?

Der Bericht von Ruggie stiess weitgehend auf eine recht grosse Akzeptanz. Dies wohl nicht zuletzt, weil er viel Raum für Interpretationen lässt und keine eigentlichen konkreten Lösungen der Problematik vorgibt. Immerhin schafft er aber mit dem vorgeschlagenen Handlungsrahmen eine gemeinsame Basis, von der aus konkrete Lösungen entwickelt werden können. Entsprechend ergänzte der Menschenrechtsrat Ruggies Arbeit mit einem neuen Mandat über zwei Jahre und der Aufforderung an ihn aufzuzeigen, wie die verschiedenen Pfeiler des Handlungsrahmens operationalisiert werden können. Hinsichtlich der unternehmerischen Verantwortung, die Menschenrechte zu respektieren, wird es auch darum gehen müssen, die noch vage Terminologie zu konkretisieren. Die zentrale Frage, die sich dabei stellt, ist die nach der Verbindlichkeit dieser Verantwortung. Bleibt diese dem Ermessen der Unternehmen und damit deren Freiwilligkeit überlassen oder werden aus der unternehmerischen Verantwortung gewisse Massnahmen abgeleitet, die gegenüber der Gesellschaft verbindlich eingehalten werden müssen?

Kehrt man die Argumentation Ruggies, die von den gesellschaftlichen Erwartungen über die unternehmerische Verantwortung hin zu der nötigen Sorgfalt und den vorgeschlagenen Instrumenten führt, um, kann man schlussfolgern, dass ohne nötige Sorgfalt die unternehmerische Verantwortung kaum wahrgenommen und damit die gesellschaftlichen Erwartungen nicht oder nur ungenügend erfüllt werden können. Die international anerkannte und geforderte Verantwortung von Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren, ist also nur durch nötige Sorgfalt innerhalb ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten möglich. Die Frage ist demnach gerechtfertigt, ob der Anwendung der *due diligence*-Instrumente – *policies, impact assessments, integration, tracking performance*¹⁷ – nicht ein verbindlicher, das heisst zwingender Charakter zukommen muss, um der Erfüllung der gesellschaftlichen Erwartungen gerecht zu werden.

Konkrete Richtlinien

Das zweite Mandat Ruggies, das voraussichtlich im Sommer 2011 mit einem Schlussbericht zu Ende gehen wird, verlangt, *to elaborate further on the scope and content of the corporate responsibility to respect all human rights and to provide concrete guidance to business and other stakeholders*¹⁸. Die Diskussion darüber, ob die unternehmerische Verantwortung freiwillig bleiben oder welcher Grad an Verbindlichkeit ihr in der Formulierung der konkreten Richtlinien zugesprochen werden soll, ist nicht abgeschlossen. Die Beantwortung dieser Frage wird die Debatte, wie die Wirtschaft ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden kann, nachhaltig prägen.

¹⁷ Ibid, (para 60-63)

¹⁸ Human Rights Council: Resolution 8/7, 2008.

3. Das Recht auf Nahrung : Die Verpflichtungen der Staaten und anderer Akteure

Die Forderung nach der Einhaltung der Menschenrechte richtet sich in erster Linie an die Staaten. Diese Verpflichtung bezieht sich zum einen auf die Menschen die im eigenen Land leben, zum anderen auf diejenigen, die sich ausserhalb der Landesgrenzen befinden¹⁹. Die Menschenrechte richten sich aber auch an andere Akteure zum Beispiel im privat wirtschaftlichen Bereich oder Institutionen im internationalen Finanzsektor. Sie haben die Verpflichtung und die Verantwortung die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung zu fördern. Wenn die Staaten, die internationalen Organisationen, die Wirtschaft und die Unternehmen das Recht auf Nahrung respektieren, kann der Hunger eingedämmt werden.

Definition des Rechts auf Nahrung

Das Konzept des Rechts auf Nahrung richtet seinen Fokus auf den Zugang zu Nahrung und auf die Möglichkeiten der Menschen sich selber ernähren zu können, zum Beispiel indem sie selber Nahrungsmittel produzieren oder einer angemessen bezahlten Arbeit nachgehen, die es ihnen erlaubt ihre Familien zu ernähren. Das Recht auf Nahrung hat zahlreiche Facetten und gilt für alle Menschen. Die Mehrheit der von Hunger und Unterernährung betroffenen Menschen lebt in ländlichen Regionen und ein grosser Teil von ihnen arbeitet auf bäuerlichen Kleinstbetrieben.

Das Recht auf Nahrung ist ein international anerkanntes Menschenrecht. Bis heute haben 160 Staaten den UNO-Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ratifiziert. Dieser Pakt schliesst das Recht auf Nahrung mit ein und verpflichtet die Staaten dieses Recht zu achten, zu schützen und im Rahmen des möglichen zu gewährleisten. Ausserdem ist das Recht auf Nahrung in zahlreichen regionalen Konventionen und nationalen Verfassungen verankert und somit in den entsprechenden Ländern direkt einklagbar. Es beinhaltet auch das Recht auf Hilfe, wenn eine Person nicht in der Lage ist, sich selber zu ernähren. Das Recht sich selber und seine Familie mit eigenen Mitteln und in Würde ernähren zu können, steht im Zentrum des Rechts auf Nahrung²⁰. Alle Menschenrechte sind universell und untrennbar²¹. Folglich hat das Recht auf Nahrung denselben Stellenwert wie alle anderen Menschenrechte. Seine Realisierung hängt eng mit vielen anderen Menschenrechten wie das Recht auf Wasser, Gesundheit, Bildung und das Leben zusammen.

¹⁹ U. Hausmann, R. Künnemann, *Deutschlands Extraterritoriale Staatenpflichten, Einführung und 6 Fallstudien*, FIAN, EED, août 2007, S. 9.

²⁰ Die Menschenrechtsorganisation FIAN (FoodFirst Information and Action Network) war die erste, die das Recht auf Nahrung als das Recht „sich selbst zu ernähren“ definierte.

Der UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung hat dieses Recht in Folge als „das Recht sich in Würde zu ernähren“ definiert. UNO Dokument: E/CN.4/2004/10, 2004, Par. 54 (d).

²¹ Internationale Menschenrechtskonferenz in Wien, 1993, Aktionsplan, Par. 5.

Die Pflichten der Staaten

- Die Staaten unterschreiben eine verbindliche Verpflichtung im Rang des Internationalen Rechts und sind somit verpflichtet, die Rechte der Menschen zu *achten*, zu *schützen* und zu *gewährleisten*²².

Der Staat muss das Recht auf Nahrung *achten* indem er nichts tut, das Menschen daran hindert, sich zu ernähren: *Die Tatsache, dass ein staatliches Organ (zum Beispiel die Streitkräfte) Bauernfamilien mit Gewalt den Zugang zu ihren Feldern verwehrt, kann eine Verletzung des Rechts auf Nahrung bedeuten.*

Der Staat muss das Recht auf Nahrung *schützen*, indem er Dritte daran hindert, bestehenden Zugang zu Nahrung zu zerstören: *Der Staat muss die Kleinbauern vor Vertreibungen durch Grossgrundbesitzer oder Unternehmen schützen.*

Der Staat muss das Recht auf Nahrung *gewährleisten* indem er die am meisten vom Hunger betroffenen Bevölkerungsgruppen identifiziert und Massnahmen ergreift um ihnen den Zugang zu Nahrung zu sichern: *Der Staat könnte beispielsweise eine Landreform durchführen und Landlosen zu Land verhelfen.*

- Die Staaten müssen aufpassen, dass ihre politischen Entscheide nicht zu Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern führen. Exportsubventionen etwa können gegen das Recht auf Nahrung in anderen Ländern verstossen. *Die Importe von billigem Hühnerfleisch aus Europa haben beispielsweise in mehreren afrikanischen Ländern die lokalen Märkte zerstört und die Armut vergrössert.*²³
- Die Staaten sind verantwortlich dafür, dass das Recht auf Nahrung auch in internationalen Abkommen und bilateralen Verträgen geachtet wird²⁴. *Ein bilateralen Vertrag zwischen Paraguay und Deutschland verbietet beispielsweise die Enteignung von Ländereien die deutschen Staatsbürgern gehören. Normalerweise würden diese aber unter das Gesetz zur Agrarreform fallen. Folglich tritt Deutschland das Recht auf Nahrung paraguayischer Kleinbauern mit Füssen. Sie haben keinen Zugang zu Land, das für sie überlebenswichtig ist.*
- Die Staaten haben die Pflicht, für die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren, wenn sie bei der Welthandelsorganisation (WTO) internationale Handelsverträge aushandeln oder im Rat der Weltbank oder des internationalen Währungsfonds abstimmen²⁵.

²² UNO- Rechtskommentar Nr.12, [Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte](#), 1999, par. 15.

²³ *Weltsozialforum Nairobi, 20.-24.1.2007*, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Bonn 2007.

²⁴ Hausmann, Künnemann 2007 S.15ff.

²⁵ Resolution der UNO Vollversammlung 2005 (60/165).

- Die Staaten müssen zusammenarbeiten und andere Staaten bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung unterstützen. Die reichen Länder sind angehalten die ärmeren Länder in Notsituationen zu unterstützen (zum Beispiel mittels einer Hilfeleistung, einer finanziellen oder technischen Unterstützung²⁶.
- Wenn ein Staat nicht allein in der Lage ist seiner Bevölkerung das Recht auf Nahrung zu garantieren, muss er Hilfe der internationalen Gemeinschaft beantragen oder annehmen²⁷.
- Im Einklang mit dem internationalen Recht sind die Staaten gezwungen, ihre Bevölkerung gegen Verletzungen des Rechts auf Nahrung, die durch nichtstaatliche Akteure und multinationale Unternehmen verursacht werden, zu schützen. Sie müssen letztere daran hindern, Preise und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die die Bevölkerung in die Armut und den Hunger stürzt²⁸.

Die Pflichten der anderen Akteure

Der Rechtskommentar der Vereinten Nationen zum Recht auf Nahrung betont, dass neben den Staaten alle anderen Mitglieder der Gesellschaft – auch der private Sektor – eine geteilte Verantwortung betreffend des Rechts auf Nahrung haben. Auch der private Sektor ist der Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte auf nationaler und internationaler Ebene unterworfen²⁹. Auch wenn die internationalen Konventionen zu den Menschenrechten keine verbindlichen Normen für den Privatsektor beinhalten, existieren dennoch mehrere „weiche“ Kriterien (soft law) und Mechanismen zur Selbstregulierung, die Unternehmen zur Respektierung der Menschenrechte auffordern. Allerdings sind diese weder rechtlich verbindlich, noch gibt es eine Möglichkeit sie einzuklagen. Demzufolge können Unternehmen dem *Global Compact*³⁰ der Vereinten Nationen beitreten, um ihr Image aufzubessern und ohne sich konsequent an die Richtlinien zu halten. Es ist für die Vereinten Nationen unerlässlich, verbindliche Normen für multinationale Unternehmen zu erarbeiten, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen³¹.

Alle Handelsverträge und die Programme der Welthandelsorganisation (WTO) müssten den armen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Märkte zu regulieren um Nahrungsmittelsicherheit und Mittel zum Lebensunterhalt zu garantieren. Die Vollversammlung der UNO, der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, und der UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung betonen, dass die internationalen Finanzinstitutionen bei allen ihren Aktivitäten das Recht auf Nahrung achten müssen. Dies gilt auch bei der Vergabe von Krediten und bei den Massnahmen gegen die Verschuldungskrise³². Die Missachtung dieser Bestimmungen führt zweifellos zu einer Verletzung der Menschenrechte.

²⁶ Paasch, Garbers, Hirsch, 2007, p. 20.

²⁷ UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, Art. 2,11.1, 11.2, 15.4 und UN Rechtskommentar Nr. 12, Par. 36.

²⁸ UN Rechtskommentar Nr. 12 Par. 27

²⁹ UN Rechtskommentar Nr. 12, Par. 20.

³⁰ Der *Global Compact* beruft sich auf 10 Prinzipien, die sich auf die Menschenrechte, die Arbeitsnormen, den Umweltschutz und den Kampf gegen die Korruption berufen. Die Unternehmen sind dazu angehalten, diese Prinzipien zu respektieren – ohne dass es sich dabei um legal verbindliche Verpflichtungen handelt.

³¹ Die UN Subkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte hatte 2003 solche Normen entwickelt. Dies wurde jedoch bisher weder von der UN Menschenrechtskommission noch vom UN Menschenrechtsrat anerkannt

³² Resolution der UNO Vollversammlung von 2005 (60/165), Par. 9 und UN-Rechtskommentar Nr. 12 Para.. 9 und 41, J. Ziegler: UN Dokument: E/CN.4/2005/47, 2005, Par. 60 (f).

Die Organisatoren

Brot für alle



Brot für alle ist der Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Die Stiftung setzt entwicklungspolitische Akzente, führt Sensibilisierungs- und Informationskampagnen zu Nord-Süd-Fragen durch und unterstützt Entwicklungsprojekte. *Brot für alle* engagiert sich für soziale, politische und wirtschaftliche Strukturen, die eine weltweit nachhaltige Entwicklung fördern und den Ärmsten eine Perspektive eröffnen. *Brot für alle* informiert die Öffentlichkeit, nimmt Einfluss auf Entscheidungsträger/innen aus Politik und Wirtschaft und befähigt Partnerorganisationen im Süden, sich in ihrem Land für bessere Rahmenbedingungen einzusetzen. Grundlage des Engagements von *Brot für alle* ist die Überzeugung, dass Armut und Not nur überwunden werden, wenn alle Menschen die ihnen zustehenden Rechte geltend machen können: bürgerliche und politische Rechte, die Gleichstellung von Frauen und Männern, das Recht auf Bildung, auf Gesundheit, auf Nahrung, auf eine intakte Umwelt, auf Frieden.

Fastenopfer



Das Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Der Slogan "Wir teilen" umschreibt unser Engagement in benachteiligten Ländern im Süden und in der Schweiz. Im Süden unterstützt das Fastenopfer Menschen, die ihre Zukunft selber in die Hand nehmen. Hilfe zur Selbsthilfe! Die Erfahrung hat uns gezeigt: Ein Projekt wirkt nur dann nachhaltig, wenn es von einer Gemeinschaft getragen wird. Daher zielt das Fastenopfer auf die Stärkung von lokalen Dorfstrukturen und anderen Gruppierungen, in denen sich Menschen engagieren. Unsere Informationsarbeit regt Menschen in der Schweiz an, sich mit den Lebensbedingungen in den benachteiligten Ländern im Süden auseinanderzusetzen. Wir fragen nach den Ursachen der Verarmung grosser Bevölkerungskreise und verstehen uns als ein Sprachrohr der Menschen im Süden, auch auf politischer Ebene.

Cotmec



Cotmec arbeitet im Auftrag der Katholischen Kirche Genf. Für das Kirchenpublikum und die breite Öffentlichkeit thematisiert die Organisation Themen wie soziale Gerechtigkeit, gerechter Handel, die Förderung von Menschenrechten und eine nachhaltige Entwicklung. Die Rolle der Organisation ist es, Mechanismen der Ungerechtigkeit aufzuzeigen, benachteiligte Menschen zu Wort kommen zu lassen, Netzwerke zu schaffen und solidarische Aktionen durchzuführen. Cotmec macht seine Initiativen über ein monatliches Bulletin bekannt, organisiert Veranstaltungen zu ethischen Fragen, beteiligt sich an Tables Rondes und stellt Informationen über Länder des Südens und damit zusammenhängende Fragen zur Verfügung.

